



Schweizerische Volkspartei (SVP) des Kantons Schwyz
Sekretariat, Frau Pia Gisler-Blattmann
Breitenstrasse 24, 6422 Steinen
Tel. +41 41 838 19 10 | sekretariat@svp-sz.ch

Medienmitteilung vom 28. Januar 2021

Bildungsdepartement hält nicht stur am 28. Februar fest

Heute Vormittag haben sich Nationalrat Marcel Dettling, Kantonsrat Samuel Lütolf und Schulpräsident Patrick Bieri, stellvertretend für die SVP Kanton Schwyz, zur Aussprache mit dem Bildungsdepartement getroffen. Zum Ende des Gesprächs willigt das Bildungsdepartement wenigstes ein, nicht mehr stur an der kommunizierten Verlängerung der Maskenpflicht an den Volksschulen bis zum 28. Februar festzuhalten zu wollen.

Die SVP-Kantonalpartei hat diese Woche eine Aussprache mit dem Bildungsdepartement gefordert. Für die Gesprächsbereitschaft und die Aussprache welche heute Freitag stattgefunden hat, bedankt sich die SVP Kanton Schwyz beim zuständigen Regierungsrat Michael Stähli.

In der Aussprache verlangte die SVP eine Erklärung für die Weiterführung der Maskenpflicht an den Primarschulen im Kanton. Das Bildungsdepartement ist nach wie vor nicht in der Lage, genau Angaben über die Indikatoren zu machen, welche zur Aufhebung der Massnahmen führen wird. Für die SVP ist daher nach wie vor klar, sämtliche Massnahmen an den Schulen, namentlich die Maskenpflicht ab der Primarstufe und die obligatorischen Massentests, müssen sofort und ersatzlos aufgehoben werden. Der Gesamtregierungsrat steht in der Pflicht, nach dem Vorbild verschiedener Kantone wie beispielsweise St. Gallen, Nidwalden, Schaffhausen, Appenzell-Innerrhoden, Appenzell-Ausserrhoden sowie viele Westschweizer Kantone die Massnahmen auf ein Minimum zu reduzieren.

In der Aussprache mit dem Bildungsdepartement unter Regierungsrat Michael Stähli konnte die SVP die Argumente gegen eine Weiterführung der Massnahmen erneut anbringen. Zum einen verursacht die verordnete Maskenpflicht grosse Unruhen im Schulbetrieb, zum anderen ist die Wirksamkeit der Massnahmen bis heute nicht belegt. Zum Schluss des Gesprächs lässt das Bildungsdepartement aber auch durchblicken, dass die Situation per Anfang Februar sicher noch einmal neu beurteilt werden muss sowie dass das kommunizierte Datum für die Verlängerung der Maskenpflicht bis zum 28. Februar durchaus verhandelbar ist und man nicht stur daran festhalten wolle.